

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

DGB trifft Wirtschaftssenator und SPD-Fraktionschef: Unternehmensteuerreform verteilungspolitisch abwegig/ Eindeutiges Votum für Mindestlöhne

PM 030/07
21.05.2007

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien-
neu\2007\Spitzentreffen Mindestlohn.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

„Die geplante Unternehmensteuerreform ist sowohl verteilungspolitisch als auch fiskalisch ein Irrweg. Die effektive Steuerlast deutscher Unternehmer bewege sich laut OECD unter dem Durchschnitt aller EU-Staaten“. Bei dem heutigen Spitzengespräch, das auf Initiative des DGB-Vorsitzenden von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, mit dem **Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) und dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Michael Müller**, stattfand, waren sich alle drei einig, dass kein Anlass bestehe, aus Gründen des Standortwettbewerbs die Unternehmensteuern zu senken. Während einerseits Arbeitnehmer und Verbraucher mit einer zusätzlichen Abgabenlast von 25 Milliarden Euro überzogen würden, könne man nicht andererseits prosperierende Unternehmen mit zweistelligen Milliardenbeträgen entlasten. Die gefühlte Steuerbelastung vieler Unternehmer sei ein Phantomschmerz, so DGB-Chef Scholz.

Wirtschaftssenator Harald Wolf sagte: „Eine neuerliche Entlastung von Unternehmen ist überflüssig. Anstatt sich auf die Interessen dieser Klientel zu konzentrieren, sollte die Bundesregierung eine Unternehmensteuerreform konzipieren, die die Steuervorteile für Unternehmen abbaut, Schlupflöcher schließt und dadurch zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte beiträgt

Konsens bestand zwischen DGB- und Parteienvertretern darin, dass ein Mindestlohn „so schnell wie möglich“ festgelegt werden müsse. Mehr als 80.000 Menschen seien allein in Berlin auf zusätzliche Fürsorgeleistungen zum kargen Lohn angewiesen, da sie sonst nicht das Existenzminimum erreichten (bundesweit: 1,1 Millionen sog. Aufstocker). Mit Stundenlöhnen von drei bis fünf Euro sei ein menschenwürdiges Leben nicht möglich, so Scholz. Wer Armutslohne zahle und dann nach dem Staat rufe, der die Löhne qua Sozialhilfe aufstocken solle, handele als Unternehmer zynisch. Wer die Armut effektiv bekämpfen wolle, müsse auch gerechte Löhne zahlen. Wo tarifliche Lösungen oder eine Ausweitung des Entsendegesetzes nicht griffen, müsse eine staatliche Regelung des Mindestlohns gefunden werden.

„Die Betroffenen erwarten zu Recht, dass sich bei diesem Thema schnell etwas bewegt. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen 40 Stunden in der Woche arbeiten und dafür einen Lohn bekommen, von dem man nicht leben kann. Für die SPD ist die Einführung eines



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114

Mindestlohn eine grundlegende Frage der sozialen Gerechtigkeit", führte Michael Müller dazu aus.

Harald Wolf erklärte zum Mindestlohn: „Die Löhne müssen auf ein die Existenz sicherndes Niveau gehoben werden. Zahlreiche Länder in Europa machen uns das seit Jahren vor und dort funktioniert es. Ein gesetzlicher Mindestlohn trägt zur Stabilisierung von Unternehmen bei, weil dadurch ein unsauberer Dumping-Wettbewerb ausgeschlossen wird“.